

Schwerpunkt

Informations- und Kommunikationstechnologie



Das Internet wird für den Einzelnen immer wichtiger. Im Privatleben, in Unternehmen, Behörden und Institutionen hat es sich etabliert.

Ein Großteil der Kommunikation funktioniert heute über E-Mails oder Communities. Man kann Zeitungen, Fotos und Filme digital erstellen und online austauschen. Mobile Anwendungen wie das Surfen übers Handy gewinnen zunehmend an Bedeutung.

[mehr ▶](#)

Lesen Sie dazu in diesem Magazin:

- ▶ **Nur mit einem Klick**
- ▶ **Mehr Wirtschaftswachstum mit dem "Internet der Dienste"**
- ▶ **Das "Internet der Dinge": Mehr als nur Zukunftsmusik**

Aktuelles

- ▶ Mittelstand hält Personal und sichert durch Bürgschaftsbanken über 72.000 Arbeitsplätze [↔](#)
- ▶ Mittelstand in der Krise besonders innovativ [↔](#)
- ▶ ZIM fördert Investitionen in die Zukunft - ein Erfolgsmodell im Konjunkturpaket II [↔](#)

[mehr ▶](#)

Weitere Themen:

G20



Bessere Kontrollen für die Finanzmärkte

[mehr ▶](#)

Konjunktur



Es geht weiter aufwärts

[mehr ▶](#)

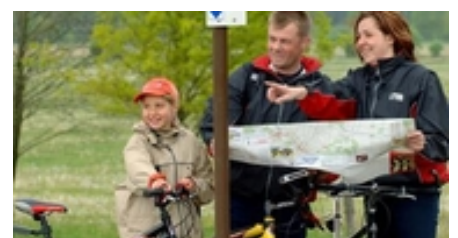
Wirtschaft



Finanzielle Verluste für die deutsche Wirtschaft

[mehr ▶](#)

Tourismuswirtschaft



Beachtlicher Wirtschaftsfaktor: Fahrradtourismus

[mehr ▶](#)

Weitere Angebote:

- ▶ [Tipps und Termine](#) 
- ▶ [Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Oktober 2009](#) 

[mehr](#) ▶

Impressum



© 2009 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- ▶ [Impressum](#)
- ▶ [Abonnieren Sie auch die weiteren Themenmagazine der Bundesregierung](#)

Informations- und Kommunikationstechnologie

Das Internet wird für den Einzelnen immer wichtiger. Im Privatleben, in Unternehmen, Behörden und Institutionen hat es sich etabliert.

Ein Großteil der Kommunikation funktioniert heute über E-Mails oder Communities. Man kann Zeitungen, Fotos und Filme digital erstellen und online austauschen. Mobile Anwendungen wie das Surfen übers Handy gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Doch das Internet kann mehr. Deutsche Forscherinnen und Forscher arbeiten an der Entwicklung eines "Internets der Dienste und der Dinge".

Die Bundesregierung will diese Entwicklungen aktiv mitgestalten. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, erschließt künftige Wachstumsmärkte und sichert nachhaltige Arbeitsplätze. Das Ziel ist eine weltweite Spitzenposition bei Informations- und Kommunikationstechnologien.

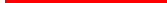




Foto: picture-alliance / maxppp
Reisen online buchen spart Zeit

Kommunikation

Nur mit einem Klick

Sommerzeit ist Reisezeit. Das heißt: Ab ins Reisebüro, beraten, informieren lassen und Buchung bestätigen. Um Flüge, Hotel und Mietwagen kümmert sich das Reisebüro.

Der klassische Offliner holt ein paar Tage später sein Ticket ab und schaut auf dem Rückweg noch schnell in einer Buchhandlung in der Abteilung "Reisen" vorbei.

Der Onliner hingegen fährt seinen Computer hoch, surft durchs Netz und bestätigt per Klick seinen Hotelfavoriten. Internetfans finden hier alle Verbindungen und Informationen.

Zahl der Internetnutzer steigt

Der (N)ONLINER Atlas 2009, eine Studie der Initiative D21, belegt erneut: Von Jahr zu Jahr nutzen mehr Personen das Internet. Mit fast 70 Prozent der über 14-Jährigen ist der Großteil der Deutschen online.

2009 ist der Anteil der Internetnutzerinnen und Internetnutzer an der Bevölkerung um vier Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Das ist eine Steigerung, die in etwa der Einwohnerzahl von Brandenburg entspricht.

Doch fast 21 Millionen Deutsche ab 14 Jahren haben Google, Wikipedia und Co. noch nie gesehen.

Nur 62 Prozent der Frauen und 49 Prozent der 60- bis 69-Jährigen surfen im Internet. Bei älteren Personen fällt der Anteil rapide ab.

Schlüsselkompetenz Internetnutzung

Dabei sind Internetkenntnisse heute für den Einzelnen immer wichtiger. Im privaten Bereich hat sich das Internet etabliert.

Viele Unternehmen, Behörden und Institutionen stellen Angebote, Informationen und Kontakte vorrangig im Internet zur Verfügung.

Ein Großteil der Kommunikation funktioniert heutzutage über E-Mails oder Communities.

Zeitungen, Fotos und Filme werden vermehrt digital erstellt und online ausgetauscht.

Auch unterwegs geht es nicht mehr ohne: Mobile Anwendungen wie das Surfen übers Handy gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Wichtig für die Volkswirtschaft

Immer mehr Arbeitgeber setzen PC- und Internetkenntnisse voraus. Eine wissensbasierte Volkswirtschaft wie Deutschland braucht internetkundige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur so bleibt sie wettbewerbsfähig.

Wichtig für Unternehmen

Weitgehend im Internet findet auch der elektronische Geschäftsverkehr (E-Business) statt: Zwischen Unternehmen und Konsumenten, aber auch zwischen Unternehmen untereinander.

E-Business umfasst alle Arten von Geschäftsprozessen, die auf elektronischem Wege abgewickelt werden. Dabei handelt es sich um unternehmerische Aufgabenfelder wie beispielsweise Geschäftsanbahnung und -abwicklung, Werbung, Online-Banking bis hin zum Kundenservice.

Wichtig für die Gesellschaft

Und schließlich profitiert auch eine demokratische Gesellschaft von internetkundigen Bürgerinnen und Bürgern. Diese können

- Services aus den Bereichen E-Government und E-Partizipation nutzen und
- zur politischen Meinungsbildung auf digitale Informationsangebote zurückgreifen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte im März 2009: "Für Deutschland liegen die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien vor allen Dingen in den Anwendungen, in der Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche".

Initiative Internet erfahren

Die Internetnutzung hängt noch immer stark von sozialen, geschlechtsspezifischen und demografischen Faktoren ab.

Zur digitalen Integration aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hat die Bundesregierung die Initiative "Internet erfahren" gestartet.

Initiative "Internet erfahren"

Internet kompetent nutzen

Die Initiative richtet sich an Menschen, die das Internet nicht oder nicht kompetent nutzen. Denn diese sind von den beruflichen und sozialen Chancen der digitalen Medien ausgeschlossen.

Nach dem Motto "Gemeinsam durchs Netz" soll den Interessierten ein qualifizierter Umgang mit dem Internet vermittelt werden. Diese Aufgabe übernehmen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem persönlichen Umfeld.

Zielgruppen

In Praxisprojekten werden vor allem folgende Bevölkerungsgruppen unterstützt:

- ältere Menschen
- Frauen in ländlichen Gebieten
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Menschen mit Behinderung
- Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen
- Menschen mit geringem Bildungsgrad

Programme

In drei Programmen werden neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt, erprobt und evaluiert. Dies geschieht in enger Kooperation mit lokalen, regionalen und bundesweiten Aktiven aus Unternehmen, Organisationen, Verbänden und Kommunen. Dabei steht der individuelle Nutzen des Internets für die Menschen im Vordergrund.

Wettbewerb "Wege ins Netz 2009"

Mit dem Wettbewerb "Wege ins Netz 2009" unterstützt die Bundesregierung außerdem Initiativen, die eine Nutzung des Internets fördern.

Zugang zum Internet für alle

Ziel des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durchgeführten Wettbewerbs ist der Zugang zum Internet für alle. Den Wettbewerb gibt es seit 2004.

Zielgruppen

Die Zielgruppen des Wettbewerbs sind "Frauen", "Seniorinnen und Senioren" sowie "Kinder und Jugendliche". "Wege ins Netz 2009" spricht Projekte an, die beispielsweise Internetkurse und spezielle Onlineportale für diese Zielgruppen anbieten.

Kontext

Was ist E-Business?

E-Business - erfolgreich einsteigen

Die Initiative "Internet erfahren"

Wettbewerb "Wege ins Netz 2009"

Preisverleihung "Wege ins Netz 2009"



Foto: picture-alliance / obs

Über das Internet einkaufen, als wäre man mittendrin

Kommunikation

Mehr Wirtschaftswachstum mit dem "Internet der Dienste"

Wenn ein Umzug vor der Tür steht, sind gute Nerven und Organisation gefragt. Von einem Computerprogramm, das eigenständig alles Nötige koordiniert, können wir bislang nur träumen.

Doch dieser Traum könnte mit dem "Internet der Dienste" Wirklichkeit werden. Deutsche Forscher arbeiten an seiner Entwicklung.

IKT-Branche ist Motor für die Wirtschaft

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gehören zu den wichtigsten Motoren der deutschen Wirtschaft. Die IKT zählen zu den größten Branchen in Deutschland. Der Branchenverband BITKOM rechnet 2009 mit einem Umsatz von etwa 145 Milliarden Euro. Zu den über 800.000 Beschäftigten in der IKT-Branche kommen weitere rund 650.000 Fachkräfte in den Anwenderbranchen.

"Gerade in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bietet IKT große Chancen, um mit technologischen Innovationen und neuen Geschäftsmodellen zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu gelangen", so die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Dagmar Wöhrl, im Juni 2009.

IKT-Anwenderbranchen können durch Innovationen einen zusätzlichen Umsatz in Höhe von 100 Milliarden Euro erzielen. Davon gehen Experten aus. Das "Internet der Dienste" hat hierbei eine besondere strategische Bedeutung.

Kommunikation von Mensch und Maschine verbessern

Das Internet ist Segen und Fluch zugleich. Es ist als Informationsquelle nicht mehr wegzudenken. Doch Suchergebnisse von einer Million Treffern sind keine Seltenheit. Und nicht alle Ergebnisse sind hilfreich.

"Golf" ist für den Menschen je nach Kontext eine Sportart, ein Auto oder eine Meeresbucht. Suchmaschinen orientieren sich beispielsweise an Schlagwörtern und statistischen Kriterien. Der Computer hat kein "Verständnis" von Sinn und Bedeutung eines Wortes, also von der Semantik.

Dies könnte sich bald ändern. Mithilfe sogenannter "semantischer Technologien" lassen sich Informationen auf ihre Inhalte hin auswerten, einordnen und verknüpfen.

Computer mit kognitiven Fähigkeiten

Das Ziel der semantischen Technologien ist hochgesteckt. Entwicklerinnen und Entwickler wollen dem Computer ein nahezu kognitives Verständnis für im Internet verfügbares Wissen beibringen. Computerprogramme

- ermitteln damit eigenständig Informationen und deren Bedeutung,
- setzen die Informationen in Beziehung zu anderen Informationen,
- modellieren die Informationen als Ordnungssysteme– sogenannte Ontologien – und
- ziehen daraus nach bestimmten Regeln logische Schlüsse.

Mensch und Maschine könnten dann besser kommunizieren.

Von der Such- zur Antwortmaschine

Im Idealfall versteht der Computer eine Frage genauso wie eine Person. Gleichzeitig verfügt der Computer aber über ein enormes "Wissen" in Datenbanken. Der Computer könnte so jede Frage sofort präzise und zutreffend beantworten: Das Internet würde von der "Suchmaschine" zur "Antwortmaschine".

Semantische Technologien für das Internet der Dienste

Im Rahmen des Forschungsprojekts "Theseus" erproben 30 Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft semantische Technologien für das Internet der Dienste. Theseus soll:

- den Zugang zu Informationen im Internet vereinfachen,
- die vorhandenen Daten zu neuem Wissen vernetzen und
- die Grundlage für neue Dienstleistungen im Internet schaffen.

Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten

Die Wirtschaft nutzt die Theseus-Ergebnisse, um ihre Geschäftsprozesse zu optimieren und neue Dienste und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

In sechs Anwendungsszenarien erproben die Partner entsprechende Technologien. Die Anwendungsszenarien reichen von der Medizintechnik über die Digitalisierung von Kulturgütern bis hin zum Unternehmensmanagement.

Beispiel: Dienstleistungen verknüpfen und bündeln

Dienstleistungen wie Online-Shopping oder Recherchedienste sind bisher nur einzeln im Internet verfügbar. Mithilfe semantischer Technologien könnten Computer solche Dienstleistungen verknüpfen und bündeln.

Dann meldet die Nutzerin oder der Nutzer dem Computer einfach: "Ich möchte von Berlin nach Hamburg ziehen." Der Computer erfasst die Bedeutung dieser Meldung und zieht daraus logische Schlüsse. Das Computerprogramm ermittelt und koordiniert die passenden Angebote für die Wohnungssuche, den Umzug bis hin zum Anmelden des Wohnsitzes.

Mit Theseus langfristig die Wirtschaft stärken

Deutschland will das Internet der Dienste aktiv mitgestalten und von diesem Zukunftsmarkt profitieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, erschließt künftige Wachstumsmärkte und sichert nachhaltige Arbeitsplätze. Eine weltweite Spitzenposition bei Informations- und Kommunikationstechnologien ist das Ziel.

100 Millionen Euro vom Bund

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert Theseus mit 100 Millionen Euro. Es ist damit das größte Informations- und Kommunikationstechnologie-Projekt der Bundesregierung. Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft geben zusätzlich 100 Millionen Euro.



Kontext

Technologien für ein zukünftiges Internet der Dienste

Entwicklung konvergenter IKT / Multimedia

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel, 20.11.2008

Theseus-Programm

Innovationspolitik, Informationsgesellschaft, Telekommunikation: 12. Faktenbericht 2009

Computer für alle Bereiche des täglichen Lebens



Foto: action press

Zukunftsvision mit wirtschaftlichem Potential

Kommunikation

Das "Internet der Dinge": Mehr als nur Zukunftsmusik

Joghurt, der meldet, er müsse gegessen werden, Kühlschränke, die eigenständig Milch nachkaufen, Waschmaschinen, die nur bei billigen Strompreisen waschen: Das "Internet der Dinge" ist mehr als eine Zukunftsvision mit großem wirtschaftlichen Potential.

Beim Internet der Dinge kommunizieren verschiedenste mit Computerchips ausgestattete Objekte in einem Netzwerk über das Internet.

Konvergente IKT als Zukunftsinvestition

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gehören zu den "sicheren Investitionen in die Zukunft", erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel im März 2009 in Hannover. Eine Schlüsselrolle nehmen hierbei konvergente IKT ein, wie beispielsweise das "Internet der Dienste", das "Internet der Energie" oder das "Internet der Dinge".

Innovative Anwendungen für Unternehmen und Haushalte

Die fortschreitende Verknüpfung oder Konvergenz bisher eigenständiger Bereiche der IKT eröffnet Chancen: für neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Das gilt insbesondere für bisher getrennte Bereiche, wie die stationären und mobilen Telefon-, Daten- und Rundfunknetze.

Die Software und Hardware für das Internet der Dinge ist da. "Jetzt gilt es, die innovativen Anwendungen in die Unternehmen und Haushalte zu bringen", so Merkel weiter.

Die Grenzen des heutigen Internets

Das Internet dient heute dem Austausch von Daten zwischen verschiedenen Computernetzwerken. Diese Netzwerke sind jedoch kaum mit der physischen Welt verknüpft. Alltagsgegenstände wie Bücher, Autos oder Lebensmittel können Daten bisher nicht austauschen.

Vernetzung von Gegenständen

Die Vernetzung von Alltagsgegenständen könnte jedoch bald mithilfe von RFID allgegenwärtig sein. RFID steht für Radiofrequenz-Identifikation und zählt zu den Schlüsseltechnologien für den Standort Deutschland.

Intelligente Dinge

Eine RFID-Systeminfrastruktur umfasst mindestens einen Transponder, ein Sende-Empfangs-Gerät sowie ein im Hintergrund wirkendes IT-System. Herzstück der Technologie ist der Transponder, ein winziger Computerchip mit Antenne.

Die Computerchips haben einen Sender, einen Empfänger und einen Datenspeicher. Sie übertragen Daten berührungslos und ohne Sichtkontakt durch Radiowellen.

Die Chips messen mit eingebauten Sensoren etwa Temperatur, Feuchtigkeit, Vibrationen und die Helligkeit. Mittels GPS-Navigation erkennt der Chip die Position des Produkts und teilt sie mit. Der Chip erfüllt sozusagen die Funktion einer "Black Box" im Flugzeugen.

Die kleinen Chips können problemlos auf Alltagsgegenständen angebracht werden. So ausgestattete Gegenstände geben zum Vorteil für Verbraucherinnen und Verbraucher wichtige Informationen an externe Lesestationen weiter.

Intelligente Joghurtbecher und clevere Waschmaschinen

Eine Waschmaschine mit Chip beobachtet den Strompreis. Sie wäscht erst, wenn es preisgünstig ist. Hat die Kleidung ein RFID-Etikett, prüft die Maschine auch, ob das gewählte Reinigungsprogramm richtig für den Inhalt ist.

Ein Joghurtbecher mit Chip weiß, wer ihn wo produziert hat. Er kennt auch seine Lagertemperatur: Der Joghurt meldet, bis wann er gegessen werden muss.

Großer wirtschaftlicher Nutzen

Auch die Wirtschaft kann erheblich profitieren. Für die Logistik, den Handel und die Automobilbranche ist die Vernetzung von Dingen besonders wichtig.

Container oder Pakete "wissen" dann von Beginn an wo sie sich gerade befinden, was ihr Zielort ist und auf welchem Weg sie ihn erreichen. Die Steuerung des Materialflusses übernehmen sie selbst. Weicht wertvolle Fracht von der geplanten Route ab, meldet dies der Chip sofort und schützt vor Diebstahl.

RFID: wirtschaftliches Wachstumsfeld

Das Internet der Dinge, insbesondere RFID, gehört zu den besonders aussichtsreichen Wachstumsbranchen. Experten sehen es auf Platz zwei der zehn wichtigsten Wachstumsfelder des

2010 werden rund acht Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei Dienstleistern von RFID beeinflusst. Das besagt eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums. Deutsche Bank Research schätzt für 2016 das Umsatzvolumen mit RFID-Chips und –Karten in Deutschland auf etwa 2,2 Milliarden Euro.

Bundesregierung fördert

Partner aus Wirtschaft und Forschung entwickeln neue Technologien und Prozesse für das Internet der Dinge. Die Bundesregierung unterstützt diese Entwicklung. Zwei Beispiele: Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Projekt "next generation media" mit 40 Millionen Euro. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt das Projekt SemProm mit 16,5 Millionen Euro.

Die Entwicklung der Technologien und deren Anwendung verbessern die Chancen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Im Bereich RFID haben deutsche Technologieanbieter bereits heute weltweit eine Spitzenposition. Diese gilt es auszubauen, und auch in den Anwendungsfeldern an die Spitze zu kommen.



Kontext

Glossar: Internet der Dinge

Radio Frequency Identification and the Internet of the Things

Glossar: Radiofrequenz-Identifikation

Was ist RFID?

Entwicklung konvergenter IKT / Multimedia

Informationsgesellschaft

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Eröffnung der CeBIT

Ein CeBIT-Rundgang: Schnelles Netz mit neuen Möglichkeiten und sinkenden Kosten

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf der CeBIT 2009

Digitales Produktgedächtnis macht Warenfluss sicher und schnell

Next Generation Media

SemProM

12. Faktenbericht 2009 zur IKT



Foto: Thomas Koehler/photothek.net
Erfolgreicher Weltfinanzgipfel der G20 in Pittsburgh

G20

Weltfinanzgipfel legt Bankern Zügel an

Der Weltfinanzgipfel der Gruppe der 20 in Pittsburgh war ein Erfolg. Die Spitzen der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt vereinbarten strengere Regeln und bessere Kontrollen für die Finanzmärkte, ihre Akteure und die Finanzprodukte.

Auf europäischen Druck und ganz besonders auf deutsch-französischen, seien bei der neuen Finanzmarktverfassung in Pittsburgh deutliche Fortschritte gelungen, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die großen Industrie- und Schwellenländer sind entschlossen, gemeinsam einen globalen Rahmen für die Weltwirtschaft zu schaffen. Die dafür wichtigen internationalen Institutionen werden gestärkt.

Bonuszahlungen nur bei echtem Erfolg

Bonuszahlungen für Finanzmanagerinnen und Finanzmanager sind künftig vom langfristigen Erfolg des Unternehmens abhängig. Bei Misserfolgen werden "Abzüge" möglich. Sie erhalten Erfolgsprämien hauptsächlich als Beteiligung am Unternehmen und weniger in Bargeld. Das stärkt das Interesse der Manager am guten Abschneiden der Firma.

Auch für US-Banken gilt Vorsorge-Pflicht

Banken müssen deutlich mehr Eigenkapital als Sicherheit zurücklegen, bevor sie hohe Risiken eingehen. Diese strengeren Regeln gelten heute schon in Europa und werden auch in den USA bis 2011 eingeführt.

Zur **Gruppe der G20** gehören die 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und die Europäische Union. Gegründet hat sie sich 1999. Die G20 ist ein informelles Forum, das in Fragen des internationalen Finanzsystems miteinander kooperiert. Zusammen stehen die G20-Staaten für 90 Prozent der weltweiten Wirtschaftskraft. Aus Europa gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zu der Gruppe.

Sicherungssystem für große Banken

Die G20 wollen verhindern, dass Banken in Not Regierungen erpressen können.

Das Finanzmarktstabilitätsforum ("Financial Stability Forum") soll dazu Vorschläge entwickeln. Experten sprechen von einem "Bankenhospital".

Finanzsektor in die Pflicht nehmen

Der IWF soll überlegen, wie der Finanzsektor einen angemessenen Beitrag zur Krisenbewältigung beitragen könnte. Die Abwicklung oder der Erhalt systemrelevanter Banken dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen, betonte Merkel.

Über eine weltweite Spekulationssteuer, wie sie Deutschland und Frankreich vorgeschlagen haben, denken die Partner-Länder nach.

Internationaler Währungsfonds (IWF):

Der Internationale Währungsfonds vergibt befristete Kredite an Mitgliedsstaaten, die unter Zahlungsproblemen leiden. Seine Kernaufgabe ist es, die makroökonomische Stabilität in den Mitgliedsstaaten und in der Weltwirtschaft insgesamt zu untersuchen und zu fördern.

Gegründet 1944 im Rahmen der Währungs- und Finanzkonferenz von Bretton Woods/USA, ist der IWF eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sitz ist Washington/D.C. Die Leitung hat ein geschäftsführender Direktor. Von 2000 bis 2004 war das der jetzige Bundespräsident Horst Köhler. Mehr unter www.imf.org.

Financial Stability Board (FSB):

Das Financial Stability Board ist eine Weiterentwicklung des Forums für Finanzstabilität (FSF).

Seit 1999 kümmert sich der FSF darum, die Stabilität des internationalen Finanzsystems zu stärken, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu verbessern und Systemrisiken zu vermindern.

Für die Überwachung der weltweiten Geldmärkte erhält der jetzt geschaffene FSB mehr Möglichkeiten. Weitere Informationen unter <http://www.fsforum.org/>

G20

Anstelle der alten G8-Gruppe werden künftig die G20 das "oberste Forum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" sein. So heißt es im Abschlussdokument.

Auf Betreiben der Bundesregierung treffen sich künftig nicht nur die Finanzminister, sondern auch die Arbeitsminister der G20 regelmäßig.

Welthandel beleben

Die G20 beschäftigen sich künftig auch mit anderen wirtschaftlichen Fragen. So ging es jetzt auch darum, wie die Handelsnachteile für die ärmeren Länder beseitigt werden können.

Die Welthandelsgespräche der sogenannten Doha-Runde bei der Welthandelsorganisation (WTO) sollen nach Jahren der Stagnation endlich wieder in Gang kommen.

Als **Doha-Runde** wird ein Verhandlungsprozess zur Ausweitung des Welthandels bezeichnet. Dieser wurde 2001 im Golfstaat Katar eingeleitet. Dabei sollen die Interessen der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden. Der vierte und bislang letzte Anlauf scheiterte 2008 an Meinungsunterschieden über Agrarhandelsfragen.

Erholung fördern

Die Regierungen der G20 wollen den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen koordinieren. Die konjunkturelle Erholung soll nicht im Keim erstickt werden.

Zustimmung zur Charta für nachhaltiges Wirtschaften

So wie die EU mit ihrer Lissabon-Strategie, streben die G20 eine Zusammenarbeit für nachhaltiges Wachstum an. Eine "Charta für nachhaltiges Wirtschaften" soll die Grundlage bilden. Diese Idee der Bundeskanzlerin hat sich durchgesetzt.

Schon vor Pittsburgh viel erreicht

Seit Jahresbeginn sind schon 60 neue Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen worden. "Das ist ein Durchbruch im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, sagte Finanzminister Steinbrück.

Aber noch immer hohe Risiken

Die Stabilität auf den globalen Finanzmärkten hat sich verbessert, doch die Risiken bleiben hoch. Der IWF drängt in seinem Finanzmarkt - Bericht vom 30. September darauf, die Beschlüsse von Pittsburgh umzusetzen.

Bis 2010 erwartet der IWF Verluste von 3,4 Billionen US Dollar. Die Banken müssen weltweit noch Kredite und Wertpapiere von - geschätzt - 1,5 Billionen US Dollar abschreiben.

Die Kreditvergabe an die Wirtschaft problematisch bleiben. Denn die Banken müssen einerseits Eigenkapital aufbauen und andererseits Verpflichtungen zurückzahlen.



Kontext



Foto: Johannssen/photothek.net
Neue Zuversicht beim Mittelstand

Konjunktur

Deutsche Wirtschaft erholt sich weiter

Das Ende der Krise kann zwar noch nicht verkündet werden, doch es geht weiter aufwärts. Die Bundesregierung und führende Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen inzwischen mit einem geringeren Einbruch der Wirtschaftsleistung als noch zu Jahresanfang.

Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion im Jahresdurchschnitt einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von fünf Prozent. Für das Jahr 2010 geht die Bundesregierung von einem Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent aus.

Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Vorstellung der Herbstprojektion in Berlin: "Erfreulicherweise wird der Wachstumsrückgang in diesem Jahr etwas weniger dramatisch ausfallen, als noch im Frühjahr zu befürchten war". Die deutsche Wirtschaft habe im Sommer - nach einem Jahr des Abschwungs - die Talsohle durchschritten. "Die Chancen stehen gut, dass wir im nächsten Jahr den Aufwärtstrend festigen können", so Guttenberg weiter.

Damit bestätigt er die Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese hat bereits Anfang Oktober gesagt, sie gehe von einem Einbruch des BIP von etwa vier bis fünf Prozent aus. Die Frühjahrsprognose der Bundesregierung hatte noch ein Minus von bis zu sechs Prozent erwartet.

Konjunkturnachrichten bestätigen positiven Trend

Die Konjunkturnachrichten bleiben verhalten, bestätigen jedoch einen positiven Trend. Zum sechsten Mal in Folge verbuchte die exportorientierte Industrie im Monat August ein Auftragsplus. Dies teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Im Vergleich zum Vormonat steht bei den Unternehmen damit ein Plus von 1,4 Prozent in den Auftragsbüchern.

Damit haben die Betriebe rund ein Drittel des vorangegangenen Nachfrageeinbruchs wieder aufgeholt. Motor des Wachstums ist vor allem die weitere Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland um 4,6 Prozent. Die Aufträge aus dem Inland gingen nach dem deutlichen Anstieg im Juli aber jüngst um 1,9 Prozent zurück.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt diese gute Entwicklung. Nach seiner jüngsten Prognose ist 2010 ein Wachstum von 1,3 Prozent möglich. Der DIHK spricht von 2 Prozent. Die Bundeskanzlerin sprach vor Gewerkschaftern von einem Wachstum "um" ein Prozent und warnte vor übertriebenen Erwartungen.

Steigende Wirtschaftsleistung in Europa

Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen derzeit der gesamten Euro-Zone eine Erholung. So rechnen sowohl das Münchner Ifo-Institut, als auch das italienische ISAE und die französische Statistikbehörde INSEE in einer gemeinschaftlichen Prognose für das dritte Quartal mit einem Wachstum von 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Für Herbst und Winter sagen die Institute Zuwächse von jeweils 0,2 Prozent voraus.

Wachstumstreiber Konjunkturpakete

Als Wachstumstreiber identifizierten Volkswirte vor allem die milliardenschweren Konjunkturpakete. Durch sie gebe es mehr öffentliche Investitionen. Für das Gesamtjahr 2009 erwarten die Institute ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 4,1 Prozent. Bislang hatte man mit einem Rückgang von 4,8 Prozent gerechnet.

Neue Zuversicht beim Mittelstand

Das von der KfW-Bankengruppe mit dem Münchner Ifo-Institut errechnete Mittelstandsbarometer sieht auch beim Mittelstand eine bessere Stimmung. Die Unternehmen schätzten im September den dritten Monat in Folge ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage positiver ein. Auch die Erwartungen an die kommenden sechs Monate sind optimistischer. Besonders bei exportorientierten Branchen hellte sich die Stimmung auf. Das Barometer kletterte damit um 0,7 auf minus 11,1 Punkte, der Teilindex für die Geschäftserwartungen stieg um 0,5 auf minus 0,9 Punkte.

Auch eine Umfrage der Wirtschaftsauskunftei Creditreform unter 4.000 mittelständischen Unternehmen belegt, dass die Konjunkturzahlen zwar schlechter sind als vor einem Jahr, aber leicht positiver als noch im Frühjahr. Bereits jedes dritte Unternehmen schätzt seine aktuelle Geschäftslage als "gut" oder "sehr gut" ein. Trotz Rezession meldet immerhin jeder vierte Betrieb einen Umsatzzuwachs.

Am schwersten hat die Wirtschaftskrise das Verarbeitende Gewerbe getroffen. Hier rechnet nur ein Drittel der Firmen mit Umsatzsteigerungen.

Konsum bleibt verhalten – doch die Deutschen sind optimistisch

Beim Konsumverhalten sehen die Institute kaum Erholung: Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt bremse auch weiterhin die Kauflust der Menschen. Dazu kommt, dass Konsumanreize wie die Umweltprämie nun ausgelaufen sind. Allerdings sind die Deutschen deutlich optimistischer als ihre Nachbarn. 25 Prozent beklagen in einer länderübergreifenden Studie der Unternehmensberatung AlixPartners, dass sich ihre finanzielle Situation durch die Wirtschaftskrise verschlechtert hat. In Italien und Großbritannien tut das dagegen fast die Hälfte der Befragten.

Deutschen vertrauen auf Kraft ihrer Wirtschaft

Außerdem vertrauen die Deutschen auf die Kraft ihrer Wirtschaft. Der Studie zufolge glauben rund zwei Drittel der Befragten, die Rezession sei gestoppt. 38 Prozent rechnen damit, dass die Wirtschaft nun wieder wächst, 28 Prozent erwarten, dass die Unternehmen sich zunächst auf dem aktuellen Niveau stabilisieren.



Kontext

Podcast der Bundeskanzlerin: Weiter intensiv mit Gewerkschaften zusammenarbeiten
Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie im August 2009
Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute Ifo, ISAE und INSEE zum 3. Quartal 2009
Mittelstand: Geschäftsklima hellt sich im September weiter auf
Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Herbst 2009
Deutsche Konsumenten sind zuversichtlicher als ihre europäischen Nachbarn
DIW-Prognose 2009: Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung
DIHK-onjunkturumfrage zeichnet verbessertes Stimmungsbild



Foto: Volkmar Schulz / Keystone
Finanzielle Verluste durch Wirtschaftskriminalität

Wirtschaft

Wirtschaftskriminalität: Unternehmen müssen sich besser schützen

Das wahre Ausmaß der Wirtschaftskriminalität spiegelt sich nicht in den Schlagzeilen. Ihr enormes Schadenspotenzial zeigt sich in den finanziellen Verlusten und in der hohen Dunkelziffer: Die Wirtschaftsstraftaten machen mehr als die Hälfte des Gesamtschadens der polizeilich registrierten Straftaten aus.

Allerdings werden über 80 Prozent der Fälle laut Bundeskriminalamt nicht entdeckt. Verfolgung und Ahndung der Wirtschaftskriminalität sind zwar Aufgaben von Polizei und Staatsanwaltschaften. Doch die Unternehmen können selbst viel dazu beitragen, um Wirtschaftsdelikten vorzubeugen.

Deutsche Unternehmen hoch gefährdet

Die Mehrheit der deutschen Großunternehmen ist inzwischen von Wirtschaftskriminalität betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie zur Sicherheitslage in deutschen Großunternehmen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers (PWC).

Und auch der innovative Mittelstand bleibt nicht verschont. Jedes fünfte Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 100 Millionen Euro war schon Opfer von Betrug, Unterschlagung oder Untreue. So die Bilanz der Wirtschaftsprüfer von KPMG. Das Risiko ist für viele mittelständische Betriebe wegen ihres großen technischen Know-Hows besonders hoch.

Finanzielle Verluste steigen

Mit durchschnittlich 5,85 Millionen Euro Verlusten allein in 2009 rechnet jedes der von PWC befragten Großunternehmen. Schäden entstehen vor allem durch Wettbewerbsdelikte, wie Produktfälschung oder wettbewerbswidrige Absprachen. Der jährliche Verlust für die deutsche Wirtschaft beträgt insgesamt rund sechs Milliarden Euro.

Zu den wirtschaftlichen Schäden kommen vielfältige negative Auswirkungen auf die marktwirtschaftliche Ordnung und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dazu zählen Vertrauensverlust im internationalen Wettbewerb, Wettbewerbsverzerrungen, Arbeitsplatz- und Renditeverluste und die Schädigung der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Kritische Öffentlichkeit

Neben den hohen finanziellen Verlusten erleiden die Unternehmen erhebliche Imageschäden. Korruption und Steuerhinterziehung stehen im Fokus der Öffentlichkeit. Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die Kritik an Unternehmen, wie auch deren Managerinnen und Managern erheblich gewachsen. Vor allem börsennotierte Unternehmen spüren diesen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung. 93 Prozent berichten, dies wirke sich negativ auf ihren Aktienkurs aus.

Compliance in der Krise stärken

Laut PWC sind vor allem Branchen mit hohem Umsatz wie die Versicherungs- oder Finanzbranche gefährdet, Opfer von Wirtschaftskriminalität zu werden. Die Finanzkrise verschärft die Lage. Ein Drittel der befragten Unternehmen erwartet einen Anstieg der Fälle. Auch das BKA geht schon allein wegen steigender Insolvenzen von einer Zunahme der damit verbundenen Delikte aus.

Wirtschaftsdelikten vorzubeugen trägt insgesamt zum Unternehmenserfolg bei, so die Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer. Sie raten dazu, die Compliance-Management, also die unternehmensinterne Kontrolle noch weiter auszubauen. Dabei in der Wirtschaftskrise zu sparen wäre ein Fehler.

Vorbild Unternehmensleitung – Corporate Governance

Die Überwachung von Unternehmensregeln muss aber auch mit einem besseren Datenschutz für die Arbeitnehmer einhergehen. Der Unternehmensleitung kommt eine entscheidende Rolle zu. Sie muss die Grundwerte integrierender Unternehmensregeln und nachhaltiger wirtschaftlicher Tätigkeit kommunizieren und vorleben.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren die Schaffung eines Corporate-Governance Kodex für Aktiengesellschaften begleitet und im Juli 2009 einen entsprechenden Kodex für bundeseigene Unternehmen vorgelegt.

Corporate Governance

Corporate Governance bedeutet wörtlich übersetzt "Unternehmensregierung". Die Befolgung von Corporate Governance Grundsätzen soll eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle gewährleisten. Ein Corporate Governance Kodex fasst alle dafür erforderlichen Regeln zusammen: die gesetzlichen Anforderungen und darüber hinaus erforderliche Grundsätze für Unternehmensleitung.

Die Überwachung der Befolgung dieser Regeln wird als **Compliance** bezeichnet.

In Deutschland gibt es den Deutschen Corporate Governance Kodex für die gute Unternehmensführung in einer Aktiengesellschaft und einen "Public Kodex" für bundeseigene Unternehmen. Allerdings gibt es auch international anerkannte Grundsätze, wie zum Beispiel die OECD-Principles on Corporate Governance.

Politik für nachhaltiges Wirtschaften

Am 5. August 2009 trat das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung in Kraft. Die Höhe

von Vorstandsvergütungen hängt nun verstärkt von nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens ab. Auch nach dem G20-Beschluss von Pittsburgh sind in alle großen Industrie- und Schwellenländer künftig nachhaltige Erfolge der Maßstab für Bonuszahlungen an Bankmanager.



Kontext

Studie Prive Waterhouse Coopers: Sicherheitslage in deutschen Großunternehmen
KPMG: Wirtschaftskriminalität - eine Gefahr auch für mittelständische Unternehmen
Polizeiliche Kriminalstatistik 2008 (Bundeskriminalamt)
Datenschutz im Compliance Management
Neue Regeln für Vorstandsvergütungen



Foto: picture-alliance/ ZB

Fahrradtourismus - ein beachtlicher Wirtschaftszweig in Deutschland

Tourismuskultur

Deutschland will beim Radtourismus an die Spitze

Kommt Zeit, kommt Rad. Deutschland baut Chancen für Fahrradtourismus aus.

Der Fahrradtourismus ist bereits ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Und Bund, Länder und Gemeinden wollen diese Art des Urlaubs noch weiter fördern.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus, Ernst Hinsken, stellte am 8. September 2009 in Berlin das Ergebnis der Grundlagenuntersuchung "Fahrradtourismus in Deutschland" vor. Der Deutsche Tourismusverband (DTV) hat die Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erarbeitet.

Das Papier liefert zuverlässige Angaben und Erkenntnisse zu Alter, Einkommen und den Reisegewohnheiten der Fahrradtouristen. Die Autorinnen und Autoren liefern breit gefächerte Empfehlungen an Politik und Wirtschaft, Regionen und Städte. Dazu gehören unter anderem Vorschläge zur länderübergreifenden Radwegekoordinierung, für GPS, mobile und digitale Dienste, für ideale Radrouten oder für Qualitätsverbesserungen.

Hinsken: "Ich bin fest davon überzeugt, dass durch dieses wichtige Projekt Investitionen gefördert, Einkommen gestärkt, Beschäftigungseffekte geschaffen sowie Wachstum belebt wird."

Fahrradtourismus wächst zum Wirtschaftszweig

Der Radtourismus erwirtschaftet in Deutschland pro Jahr 9,2 Milliarden Euro Bruttoumsatz. Der Wirtschaftszweig gibt unmittelbar oder mittelbar 186.000 Menschen Arbeit. 21 Millionen Menschen haben nach Branchenschätzungen 2008 im Urlaub das Rad genutzt.

Die reinen Fahrradtouristen schlagen jährlich mit rund 22 Millionen Übernachtungen zu Buche. Wenn man diejenigen Urlauberinnen und Urlauber hinzurechnet, für die Radfahren ein Nebenmotiv ist, dann sind es sogar fast 38 Millionen.

Mehr Fahrradtourismus nutzt vor allem kleinen und mittleren Betrieben. Die Fahrradurlauber konsumieren rund 65 Euro pro Kopf und Tag , davon rund 47 Euro beim Gastgewerbe.

Radfahren ist "in"

Wegen des demografischen Wandels erwarten die Tourismusforscher, dass die Nachfrage nach Radfahrangeboten weiter steigt. Vor allem die Bedeutung der Gruppe der über 55-Jährigen im Tourismus wächst. Und bei denen wird das Fahrrad immer beliebter.

Auch das gestiegene Gesundheitsbewusstsein erhöht die Anzahl der Fahrradurlauberinnen und Fahrradurlauber. Die Tourismusbranche ist daher gut beraten, passgenaue Angebote zu entwickeln.

Hinsken ist davon überzeugt, dass die Marketingbemühungen der Kommunen und Gemeinden ihre Wirkung bei den reisefreudigen Seniorinnen und Senioren nicht verfehlen werden.

Radfernwege verbinden Europa

In ganz Europa wächst die Bedeutung des Radtourismus. "Durch die Anlage von Radfernwegen und regionalen Radroutennetze gelingt es in vielen Regionen, deutsche und ausländische Touristen für diese umweltfreundliche Variante des Urlaubes zu gewinnen", so Hinsken.

Pilotprojekt D3/R1-Route

Das deutsche Radfernwegennetz umfasst 12 Routen mit einer Länge von 12.000 Kilometer. Sie sind über die Grenzen mit europäischen Radwegen verbunden. Beispielhaft ist die sogenannte Route 3. Sie reicht von der niederländischen bis zur polnischen Grenze, ist rund 915 Kilometer lang und führt durch fünf Bundesländer. Die Bundesregierung unterstützt den Ausbau dieser Route zur Modellroute mit 900.000 Euro.

Fernradweg "Route 3" von Polen in die Niederlande wird Vorzeigeprojekt

Bundesregierung hilft Tourismus durch die Wirtschaftskrise

Die Tourismuswirtschaft hatte 2008 insgesamt trotz Wirtschaftskrise ein gutes Jahr. Sie profitiert von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Krise. So wirkt die besondere Unterstützung des Auslandsmarketings der Deutschen Zentrale für Tourismus nachweislich einer Krise des Sektors entgegen.

Deutschland steht im internationalen Maßstab vergleichsweise gut da.

Dies betonten Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der Tourismuswirtschaft am 10. September bei einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt in Berlin.



Kontext

Tourismusbeauftragter Hinsken: Wir bringen den Fahrradtourismus in Deutschland auf Touren
Tourismusbeauftragter Hinsken wirbt für den Wirtschaftsfaktor Alter im Tourismus
Bundeskanzlerin würdigt Tourismusbranche als bedeutenden Wirtschaftsfaktor mit
Zukunftspotenzial

Aktuelles

- ▶ Mittelstand hält Personal und sichert durch Bürgschaftsbanken über 72.000 Arbeitsplätze [↗](#)
 - ▶ Mittelstand in der Krise besonders innovativ [↗](#)
 - ▶ ZIM fördert Investitionen in die Zukunft - ein Erfolgsmodell im Konjunkturpaket II [↗](#)
 - ▶ Lenkungsausschuss zu Bürgschaftsantrag Hapag-Lloyd [↗](#)
-

Weitere Angebote

- ▶ [Tipps und Termine](#) 
 - ▶ [Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Oktober 2009](#) 
-

Impressum

Herausgeber:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstraße 84
10117 Berlin
Telefon: 030 18 272-3224
Fax: 030 18 272-2349
internetpost@bpa.bund.de

Briefanschrift:

11044 Berlin

Verantwortlich:

Uwe Spindeldreier

Redaktionsleitung:

Dr. Ulrich Stempel, Georg Tölle

Redaktion:

Herbert Behrendt, Monika Lachnitt, Anna Sanktjohansa (Praktikantin), Susanne Thran, Georg Tölle, Kathrin Zachary (Praktikantin)

Bildagentur

verantwortlich Ulrich Weichert

Fotoredaktion

Silke Hinkelmann, Christian Stutterheim, Raik Tybussek

Fotografen

Guido Bergmann, Steffen Kugler, Sandra Steins

Redaktionsassistenz, Layout und Technik:

Petra Kuschinski

Realisierung:

Realisiert wird das Informationsangebot im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der]init[Aktiengesellschaft für digitale Kommunikation

Hinweise:

Durch die Digitalisierung von Daten können Fehler auftreten.
Beim Einsatz unterschiedlicher Browser für das World Wide Web und aufgrund unterschiedlicher Software-Einstellungen kann es bei der Darstellung der Daten zu Abweichungen kommen. Das dem Informationsangebot zugrunde liegende Originalmaterial kann gegebenenfalls beim BPA angefordert werden.

Copyright für Bilder, soweit nicht anders vermerkt:

REGIERUNGonline

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Referat 402
Postfach, 11044 Berlin

Bildnachweis für Word-Bildmarke: BilderBox

Infotelefon:

Nutzen Sie auch das Info-Telefon der Bundesregierung unter 0180 272-0000.
Montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr zum Ortstarif.

Datenschutzerklärung:

Vorschriften über den Datenschutz

